

Parlamentarischer Vorstoss

2024/691

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Eventverkehr im St. Jakob Areal: Keine neue Verwaltungsstelle
Urheber/in:	Christine Frey
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	14. November 2024
Dringlichkeit:	—

Im Kanton Basel-Landschaft existiert bereits seit Jahren die gesetzlich verankerte Task Force Anti-Stau (TFAS), die mit dem Ziel gegründet wurde, Lösungen für die Verbesserung der Verkehrssituation zu entwickeln und Staus zu reduzieren. In der TFAS sitzen viele Verkehrsfachleute und Vertreter diverser Verkehrsverbände. Vor diesem Hintergrund ist es mehr als verwunderlich, dass nun die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft eine neue bikantonale Geschäftsstelle mit je 50 Stellenprozenten im Jobsharing-Modell für den Eventverkehr im St. Jakob-Areal planen, ohne die TFAS zu involvieren.

Statt eine neue Verwaltungsstelle zu schaffen, sollte vielmehr erwogen werden, die Aufgaben einer solchen Geschäftsstelle von der TFAS übernehmen zu lassen. Die TFAS könnte die Koordination übernehmen und mit externer Unterstützung und in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt Lösungen aufzeigen. Dies vor allem auch, da der Eventverkehr ja nicht einfach nur losgelöst im Gebiet St. Jakob betrachtet werden muss, sondern auch Auswirkungen auf die Strassen und Autobahnen hat.

Eine Auslagerung an die TFAS würde nicht nur die Effizienz steigern, sondern sicher auch zu Kosteneinsparungen führen. Die langjährige Erfahrung der TFAS in der Verkehrsplanung wäre hierbei ein zusätzlicher Vorteil. Die Nutzung der bestehenden Strukturen ist ein sinnvoller, zukunftsorientierter Schritt, um den wachsenden Anforderungen des Eventverkehrs gerecht zu werden. Dieser Ansatz bringt sowohl organisatorische als auch finanzielle und politische Vorteile, ohne zusätzliche Bürokratie zu schaffen.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wer hat die Initiative ergriffen, eine bikantonale Geschäftsstelle für Eventverkehr im St. Jakob-Areal zu schaffen?
 2. Aus welchem Budget und Stellenpool soll diese Geschäftsstelle finanziert werden?
-

3. Weshalb wurde die TFAS nicht in diesen Prozess einbezogen und weshalb hat der Regierungsrat vor der Schaffung der Geschäftsstelle nicht mit den Vertretern der TFAS gesprochen bezüglich einer möglichen Übernahme der Tätigkeit durch die TFAS?
4. Welche Vorteile bietet aus Sicht des Regierungsrates eine neue Fachstelle im Jobsharing-Modell gegenüber der Integration in die bestehende und gut aufgestellte TFAS?
5. Ist der Regierungsrat bereit, nochmals einen Schritt zurückzugehen und die naheliegende Lösung zu prüfen, die TFAS mit dieser Aufgabe zu betrauen?